

Zweibrücken Rubenheim Umwelt vor Geschäftsinteresse

Rubenheim: Saarpfalz-Landrat gegen Erweiterung des Kalksteinbruchs – Gallo warnt vor Lärm und Dreck

Von Klaus Wirth

Die Verwaltung des Saarpfalz-Kreises, der Biosphären-Zweckverband und der Zweckverband des Naturschutzgebiets Saar-Bliesgau/Auf der Lohe haben sich gegen die Erweiterung des Kalksteinbruchs in Rubenheim um 27 Hektar ausgesprochen. Landrat Theophil Gallo (SPD) erwartet, dass die Saar-Regierung den Ausbau-Antrag der Betreiberfirma Schmitt Landschaftsbau ablehnt.

Zurzeit läuft beim Umweltministerium des Saarlandes das sogenannte Zielabweichungs-Verfahren für die von der Betreiberfirma beabsichtigte Erweiterung des Kalksteinbruchs auf dem Berg Hanickel zwischen Rubenheim, Erfweiler-Ehlingen, Herbitzheim und Blieskastel-Wolfersheim, die eine Ausbeutung der Bodenschätze über mindestens 16 weitere Jahre ermöglichen soll. Bislang wird die fragliche Fläche – wie im Landesentwicklungsplan (LEP) als Ziel vorgegeben – landwirtschaftlich genutzt. Um dort einen Steinbruch im Tagebau möglich zu machen, müsse von diesem Ziel abgewichen werden. Bevor das saarländische Umweltministerium und seine nachgeordneten Behörden über eine solche Zielabweichung entscheiden, werden „Träger öffentlicher Belange“ zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert. Bis zum 15. Mai hatten der Saarpfalz-Kreis, der Biosphären-Zweckverband und der Zweckverband Saar-Bliesgau/Auf der Lohe dafür Zeit. Da Landrat Gallo sowohl dem Saarpfalz-Kreis als auch den beiden Zweckverbänden vorsteht, hat der Kreis alle drei Stellungnahmen abgegeben.

Laut Gallo galt es für die Stellungnahme abzuwägen, wie das „öffentliche Interesse“ gegenüber dem „betriebswirtschaftlichen Einzelinteresse“ der Schmitt Landschaftsbau GmbH aus Sicht des Saarpfalz-Kreises und der beiden Naturschutz-Zweckverbänden zu gewichten sei. Der Saarpfalz-Kreis habe dem öffentlichen Interesse den Vorrang eingeräumt, so Gallo. Der Landrat und SPD-Politiker besuchte im März den Weltkongress der Unesco-Biosphärenreservate in Peru und zeigt sich begeistert von der Idee des nachhaltigen Wirtschaftens. Dieser Idee entspräche es nicht, wenn „der wertvolle Kalkstein für den Unterbau von Parkplätzen“ verwendet werde, wie die Kreisverwaltung im lothringischen Saargemünd entdeckt habe. „Das ist keinesfalls nachhaltig“, urteilt Gallo. Der Bedarf innerhalb der Region für Kalkstein-Baumaterial sei deutlich geringer als das geplante Vermarktungsvolumen der Schmitt Landschaftsbau GmbH, die damit „ein sehr lukratives Geschäft“ betreibe.

Die Stellungnahmen des Saarpfalz-Kreises und der Zweckverbände tragen namentlich die Handschrift des Umweltdezernenten Gerhard Mörsch. Der Kreis-Umweltdezernent sieht in der Erweiterung des derzeit 7,1 Hektar großen Steinbruchs um weitere 27 Hektar „eine Vielzahl ebenso offensichtlicher wie erheblicher Mängel“, die für die ländliche Region im südlichen Bliesgau „ein nicht mehr vertretbares Risiko-Potenzial darstellen“.

Das von der Betreiberfirma eingereichte Lärmschutz-Gutachten sei unzureichend, weil der sogenannte Infrasschall – sehr tiefe Töne unterhalb der Hörschwelle – nicht untersucht worden sei. Infrasschall gilt als gesundheitsschädliche Lärmemission, die von Windkraftanlagen, aber auch von Baumaschinen wie Baggern und Siebanlagen verursacht werden können. Der Ortsrat des Blieskasteler Ortsteils habe zum Infrasschall ein geologisches Gutachten in Auftrag gegeben, das in der Stellungnahme des Saarpfalz-Kreises berücksichtigt sei, so Mörsch.

Daneben bedeute der Lastwagenverkehr ein großes Risiko für die vom Kreis geförderte Dorfentwicklung. Besonders die Investitionen in die Ortsdurchfahrten seien gefährdet. Es müsse der Abtransport des Kalksteins bedacht werden, aber auch die Anfahrt des Füllmaterials, mehrheitlich Erdaushub. Der Schwerverkehr erfolge unregelmäßig nach Auftragslage, was die Anwohner stark belaste, so Mörsch.

Die Erschließung der geplanten Fläche sei nur über einen Feldweg durch Naturschutzgebiet möglich. Staub und Lärm würden die Tier- und Pflanzenwelt beeinträchtigen, so der Umweltdezernent. Der Tagebau grenze bis auf Zentimeter an Naturschutzgebiete mit deutschlandweiter und europäischer Bedeutung, und sei unweit einer Biosphären-Kernzone gelegen, die durch den Industriebetrieb ebenfalls beeinträchtigt wäre, erläuterte Mörsch. Die Störung des Naturschutzes liefe den Zielen des LEP und der Politik des Saarpfalz-Kreises zu wider. Diese Ziele seien die Belebung des ländlichen Raumes, sanfter Tourismus und der Erhalt der Natur.

Quelle

Ausgabe Die Rheinpfalz - - Nr. 116

Datum Freitag, den 20. Mai 2016

Seite 18